

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. September 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzeygen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 104

Bekanntmachung

Für die Verhandlung des Tarifausschusses vom 19. September und folgende Tage haben die Gehilfenvertreter noch nachstehende Anträge eingereicht:

1. Es ist durch den Tarifausschuß grundsätzlich festzusetzen, daß in den beletzten Gebieten aller Tarifkreise und den an diese angrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
2. Stehl ist als Brückenkopff beletztes Gebiet und das Kreisamt wird mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
3. Der Tarifausschuß wolle beschließen, daß die Besatzungszulage für den Kreis XII auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Steuerungsverhältnisse dort zum allermindesten die gleichen sind, wie in den mit dem gleichen Vorkaufschlage bezogenen, Frankfurt unmittelbar vorgelagerten Orten Griesheim, Nied, Schwanheim und Höchst. Sollte eine Verkländigung im Tarifausschuße nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
4. Das Kostgeld der Bebränge ist den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
5. Festsetzung einer Regionalzulage für den Tarifkreis XII resp. Übertragung dieser Festsetzung an das Kreisamt.
6. Auslegung der Ziffer 8 im § 7, betreffend Aufrechnung halber Überstunden.
7. ~~Abbau~~ ~~Macht~~ ~~unberechtigt~~ ~~Mitglieder~~ ~~der~~ ~~Tarif-~~ ~~gemeinschaft~~ ~~werden?~~
8. Schaffung eines besonderen Tarifkreises für das Bezugsgebiet.

Berlin, 5. September 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
S. M.: Paul Schleichs, Geschäftsführer.

Macht euch bereit!

Mit Interesse habe ich die Ausführungen des Kollegen Mombauer (Solingen) gelesen, und ich bin der Meinung, daß er vielen Kollegen aus der Seele gesprochen hat. Ich will deshalb seine Zeilen nicht bis ins einzelne zerpfücken, ich will nicht des Näheren eingehen auf die Vorwürfe, die er unseren Führern macht. Denn zu der Zeit, in der nach Anschauung des Kollegen M. unsere Gehilfenvertreter nicht breit genug aufgetreten sein sollten, hatten diese eben nicht die Kerntrupps hinter sich wie heute. Denn nahezu die Hälfte unserer Verbandskollegen waren nicht mehr Seher, nicht mehr Drucker, sondern leider Soldaten. Und Kollege M., das müssen Sie doch auch beklagen, daß gleich nach Beendigung des Krieges, als die Massen heimkehrten aus dem sogenannten „Feindesland“, das Interesse am Organisationsleben schwer darniederlag. Und zwar aus dem leichtbegreiflichen Grunde, daß sich die Kollegen nach jahrelanger Abwesenheit von zu Hause wieder zunächst ihren Angehörigen widmen. Dann aber auch, weil der damalige politische Widerstreit manchem Kollegen gar nicht Zeit ließ, darüber nachzudenken, daß wir mit diesem Parteihader unsern Kollegen Gebäude, dem nach jahre-langer, intensiver Arbeit unsern älteren Kollegen aufgebauten Verbände der Deutschen Buchdrucker, der uns in allen Teilen, bei Fränkheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Nöten stets das nötige Rückgrat verleiht, und auf dessen Führer wir stolz sein konnten und auch waren, daß wir diesem Gebäude einen Stolz verleihten, dem auch die „Pioniere der Arbeiter“, und ich schäme unsre erprobten Führer immer noch als Pioniere, nur mit der äußersten Anstrengung standhalten konnten. Aus diesem Grunde würde ich es sehr begrüßen, wenn wir über die bewußten oder unbewußten Fehler unser Führer einen selten Zweckeroffentlich machen würden, damit einmal das Gerübe darüber verstimmt und wir uns vereint, die Ältesten und die Jungen, zum Kampfe, der uns möglicherweise bevorsteht, rüsten können.

So gern ich es vermeiden möchte, den Raum des „Korr.“ zu stark in Anspruch zu nehmen, kann ich doch nicht umhin, auch über die Fehler der Kollegen zu schreiben. Glauben Sie mir, Kollege M., es ist den Gehilfenvertretern nicht immer leichtgemacht worden von den Kollegen, und es muß betont werden, speziell von Seiten der Provinzkollegen, mit energischen Forderungen durchzudringen. Sol es sich doch erwies, daß bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Vorkaufschläge im Mai d. S. bei uns

in Bayern viele Mitgliedschaften es unterließen, einen Antrag auf Erhöhung der Vorkaufschläge zu stellen; obwohl sie berechtigten Anspruch darauf hatten und sicherlich mit ihren Forderungen nicht abgewiesen worden wären. Das, Kollege M., muß auch zum Nachdenken Anlaß geben; hier sind es nicht die Fehler der Führer, sondern meines Erachtens liegt hier die Schlappheit auf Seiten der Kollegen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß, wenn wir unsern Gehilfenvertretern unsere berechtigten Wünsche schriftlich oder mündlich vorbringen, diese von ihnen auch energisch vertreten werden, wenn auch der Erfolg nicht immer ein ganzer ist.

Seute liegen die Verhältnisse ganz anders als vor einigen Monaten, auch die zahllosen Provinzkollegen haben einsehen gelernt, daß mit leeren Worten und mit Verstüßungen auf einen besseren Geschäftsgang die Familien der Kollegen nicht satt werden. Seute stehen auch die Kollegen in der Provinz auf dem Standpunkte, daß es besser ist, ein schnelles Ende herbeizuführen, als langsam Hungers zu sterben. Und nun, Kollege M., kommen wir zu dem Punkt, in dem wir völlig einig sind, wir wollen nicht den Kampf provozieren, aber wir scheuen ihn auch nicht.

Wir wollen unsern Gehilfenvertretern das alle Vertrauen entgegenbringen, wir wollen gerechte Forderungen stellen, wir wollen ihnen zurufen: Macht euch bereit zu den nächsten Tarifverhandlungen, wir sind es auch. Wir wissen, was ihr für eine Verantwortung tragt, wir wollen auch, daß es euch nicht leicht sein wird, gegebenenfalls vor unserm Forum zu erscheinen mit den Worten „Macht euch bereit!“ Wenn wir dann den Mut aufbringen, den uns allgegenwärtigen Kampf aufzunehmen und auszufechten, haben wir wieder Anspruch darauf, die „Pioniere der Arbeiter“ genannt zu werden.

Mit Kollegen M. werden viele der Ansicht sein, daß es für uns und speziell für unsere Führer unwürdig ist, um Wirtschaftsbereitschaften und Lohnverbesserungen, die einem Trinkgeld ähnlich sehen, tagelang zu handeln und zu feilschen. Geradezu aufreizend muß es aber wirken, wenn sich Prinzipalvertreter die Dreifigkeit erlauben, die Einnahmen der Zigaretten- und Schokoladenfabriken als Maßstab an unsern Löhnen anzulegen. Für unsre Buchdruckerkollegen ist Schokolade sicherlich Fremdkörper, und ich weiß bestimmt, daß viele Kollegen, insbesondere die verheirateten, sich des Rauchens enthalten müssen, weil unsre Buchdruckerlöhne nicht ausreichen zum Leben, geschweige denn zum Schokoladessen und Zigarettenrauchen. Wenn angesichts dieser Tatsachen bei den nächsten Verhandlungen von Seiten der Prinzipalvertreter wieder mit bewußten oder unbewußten Irreführungen operiert werden sollte, dann, ihr Gehilfenvertreter, erklärt den Prinzipalpal, daß ihr nicht die Unterhändler eines Kleiderjuden, sondern die Vertreter einer alten erprobten Gewerkschaft mit 75000 Mitgliedern seid, und daß wir es reichlich satt haben, uns mit abgedroschenen Phrasen füllen zu lassen. Dann erkläre ihnen, daß wir gewillt sind, den Kampf auf der ganzen Front aufzunehmen. Nicht zerpfücken wollen wir unsre Kräfte durch lokale Maßnahmen, sondern vereint wollen wir gegen das Bollwerk stürmen, und wir dürfen überzeugt sein, daß es unsern Kräften nicht standhalten wird. Und ihr sollt unsre Führer sein, wir wollen euch das alle Vertrauen entgegenbringen, das uns von jeher befehl hat als Verbandskollegen.

Diessen a. M.

L. Bank.

Und nochmals: Kritisches zur Situation!

Kollege Bertram (Söhl), der Kreisvertreter des Tarifkreises II, hat sich der Mühe unterzogen, in einem längeren Artikel im „Korr.“ Nr. 100 den Nachweis zu erbringen, daß die Gedankengänge in meinem Artikel „Kritisches zur Situation“ nicht den Tatsachen entsprechen und meine Kritik völlig unangebracht war. Er glaubt aber auch betonen zu müssen, daß ich neben vielen anderen Kritikern den großen Fehler begehe, alles von den in der Druckerei und im Orte herrschenden Zuständen zu beurteilen, und erteilt den Rat, sich in Zukunft einen „weiteren Blick“ anzuebnen, um das Richtige zu treffen. Nun, ich will nicht des längeren mit dem Kollegen Bertram an dieser Stelle bezüglich seines Vorwurfs auseinanderlegen, aber den Vorwurf mangelnden Weltbildes muß ich schon bezüglich meiner Berlin zurückweisen. Es ist mir zuwider, meine bisherige Tätigkeit als Gewerkschaftler und langjähriger Funktionär in aller Öffentlichkeit in den Vordergrund zu stellen, aber ich glaube

doch feststellen zu dürfen, daß ich auf Grund langjähriger Tätigkeit im öffentlichen Leben mir eine gewisse Urteilsfähigkeit angeeignet habe, trotzdem ich nicht verbeihen will, daß ich noch viel zu lernen habe, wie andre Kollegen auch.

Aber nun zum eigentlichen Kern der Sache. Kollege Bertram sucht zu beweisen, daß meine Behauptung, die in Nürnberg gefassten Richtlinien seien bei den Tarifverhandlungen Oktober/November v. J. beilegte gekloben worden, falsch ist. Zur Beweisführung zitiert er die Zeitsätze und geht auf die einzelnen Punkte näher ein. Und was ist dabei festzustellen? Kollegen Bertram ist es glücklich, in einem Falle, bei Punkt 7, mich des Irrtums gelhen zu können. Ein Irrtum, der wohl nicht sonderlich ins Gewicht fällt, zumal ich der Auffassung bin, daß in den jetzigen wirtschaftlichen Zeitverhältnissen eine zweijährige tarifliche Festlegung eine zu lange Zeitspanne bedeutet. Aber gerade in bezug auf die wichtigsten Punkte, die uns materiell und ideal am meisten treffen, hat Kollege Bertram selbst zugeben müssen, daß sie nur teilweise und die wichtigsten, Ziffer 4 und 6, überhaupt nicht erfüllt worden sind. Kollege Bertram führt nun die Gründe ins Feld, warum dies nicht möglich war; er verteidigt die Haltung der Gehilfenvertreter. Und ich möchte von vornherein betonen, daß ich nicht so naiv bin, trotz meines mangelnden Weltbildes, anzunehmen, daß die Gehilfenvertreter in der Lage sind, voll und ganz die Wünsche der Gehilfen zur Geltung zu bringen und einen Tarifvertrag zu schließen, der auch die Gehilfenkette befriedigen kann. Aber trotz allen Beweismaterials des Kollegen Bertram über die Richtigkeit der Politik der Gehilfenvertreter und der Organisation komme ich nicht darüber hinweg, festzustellen, daß die Prinzipale immer im Vorteile sich behunden haben, und dies nur möglich war, ich betone dies immer wieder, indem die Prinzipale es immer nur dann zu Verhandlungen kommen ließen, wenn die Zeit für sie günstig schien und dann obendrein noch oft Verflechtungsanträgen operierten. Eine Zahl, die, wie schon bemerkt, immer den Erfolg hatte, daß sich die Gehilfenvertreter forgesetzt in der Abwehr befanden. Und hier muß sich die Verbandsleitung, Gehilfenvertreter, aber auch die Gesamtkollegenchaft die erste Frage vorlegen, kann unter diesen Umständen an dem alten System festgehalten werden? Auf alle Fälle muß ich dem Kollegen Schröder (Halle) recht geben, der in seinem Artikel davor warnt, den Tarif über die Organisation zu stellen (Eine Selbstverständlichkeit! Red.), sonst könnte der alte, uns allen am Herzen liegende Verband eine Erschütterung erleben von großer Nachwirkung.

Kollege Bertram betont, die gegenwärtigen Machtverhältnisse und die gesamte Wirtschaftslage ständen uns im Wege. Triff dies nicht zu bei andern Berufsgruppen, die höher im Lohne stehen und gegenwärtig wieder ganz andre Forderungen stellen? Dann wird behauptet, Oktober v. J. wäre eine unglückliche Zeit gewesen, es hätte eine große Arbeitslosigkeit geherrscht. Zugegeben! Aber Kollege Bertram hat vergessen zu betonen, daß die große Arbeitslosigkeit auch zum Teil auf das Schuldkonto der Prinzipale zu buchen war, die infamellste Sabotage übten und Betriebe stilllegten. Ich verweise hierbei auf den Artikel des Kollegen Albrecht (Berlin) Ende v. J. betreffs Eiltenfeld (Berlin).

Kollege Bertram wirft dann die Frage auf, ob es zweckmäßig ist, alle idealen Errungenschaften auf tariflichem Gebiete preiszugeben um materieller Vorteile willen? Ja, aber müssen wir denn ideeller Fragen wegen, die eventuell in Gefahr stehen, immer und immer wieder nachgeben? Sind wir so schwach, diese Errungenschaften preisgeben zu müssen bei einem eventuellen Kampfe? Auch hier bin ich Optimist. Man soll doch nicht außer acht lassen, daß die Verhältnisse sich wesentlich etwas geändert haben zu unsern Gunsten, indem die Gesamtpersonale der Betriebe, Kopf- und Handarbeiter, enger zusammenstehen und kein Tola von den Vermögenslagen, die im Betriebe durchgeführt worden sind auf Grund tariflicher Vereinbarungen, preisgegeben würden. Und was kleinere Betriebe anbetrifft, namentlich auf dem Lande, so sei doch zugegeben, daß da in der Durchführung ideeller Ernungenschaften noch manches zu wünschen übrig bleibt und vieles nur auf dem Papier steht.

Ich will zum Schluß kommen. Mögen Meinungsverschiedenheiten bestehen in bezug auf Richtung und Wege, die unsre Organisation in Zukunft einzuschlagen hat zur Erbringung einer besseren Existenzmöglichkeit. Das eine steht fest: von der Vergangenheit können wir nichts lernen, wenigstens nicht von der letzten, in die Zukunft haben wir

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuliefernd.

Beilage zu Nr. 104 — Leipzig, den 8. September 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Meist als je zuvor sind die Arbeiter heute an wirtschaftlichen Fragen interessiert. Sie haben erkannt, daß sie selbst durch ihre produzierende Tätigkeit ein maßgebender Faktor sind und daß die Grundlage aller Wirtschaftspolitik von der Stellung des Arbeiters in der Warenerzeugung abhängt. Damit stehen zugleich die Gewerkschaften einer gegen früher vollständig veränderten neuen Situation gegenüber. Sie bilden zweifellos die eigentlichen Träger und das vorwärtstreibende Element der sozialen Revolution, die die wirtschaftliche und soziale Befreiung aller werktätigen Volksgenossen zum Ziele hat. Eben darum müssen die Gewerkschaften mehr noch als früher nicht allein Kampfesvereinigungen sein für eine bessere Lebenshaltung, für eine vernunftgemäße Wirtschaftsordnung, sondern sie haben einen geistigen Mittelpunkt zu bilden für die Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschheit. Mit andern Worten: die Gewerkschaften haben nicht bloß erhöhte Löhne zu erkämpfen, dem Kapitalismus Vorwürfe abzutreiben, sozialpolitische Maßnahmen zu fordern, sondern sie haben die erhöhte Pflicht, die nötigen Vorbedingungen zu schaffen zu helfen durch ihren Einfluß auf die Wirtschaftsgebarung, Herstellung, Preisstellung und Vertrieb der produzierten Waren. Für jeden, der weiß, daß das Wirtschaftswesen einem feingegliederten Nadelwerke gleich ist, in das gewollt Eingriffe von selbst verbieten, ist es ohne weiteres klar, daß die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Arbeiterklasse nicht mit einem Schlage durchgeführt werden kann. Eine neue Wirtschaftsordnung erreichen wir nicht durch plötzlichen Antritt der Herrschaft, sondern nur durch schrittweise Durchföhrung des darauf gerichteten Willens und durch planmäßige Überwindung der diesem Willen entgegenstehenden mächtigen Hindernisse.

Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse weisen uns besonders deutlich darauf hin, daß trotz der von jedem denkenden Arbeiter für unabwiesbar notwendig gehaltenen Erweiterung ihres gewerkschaftlichen Aufgabekreises die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften nach wie vor die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibt. In dieser Beziehung stehen den meisten Arbeiterorganisationen schwere Kämpfe bevor. Wir befinden uns in einer Krise schätzmittler Art, und zwar in einer solchen, die wesentlich andere Merkmale aufweist als die früheren Wirtschaftskrisen, die entstanden aus einer gewaltigen Überfüllung des Warenmarktes infolge unlangfristiger privatkapitalistischer Produktionssteigerung. Heute steht die Produktion und die Warenerzeugung in allen Ländern, obwohl alles nach Gegenübersätzen förmlich hungert. Damit steht eine Arbeitslosigkeit im engsten Zusammenhang, die im Auslande noch weit schlimmere Formen angenommen hat als bei uns. Es handelt sich hier offenbar um die Folgen des Weltkrieges und seiner vielen Nachwirkungen, unter denen alle Länder mehr oder minder stark zu leiden haben. Unter den am schwersten in Mitleidenchaft gezogenen Staaten steht Deutschland in vorderster Reihe. Der fortgeleitete Verdrückung der Papiermark verleiht die ohnehin bestehende Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse in einer Weise, die ohne entsprechende Lohnerhöhungen unerträglich ist. Nicht nur Brot und Kartoffeln, sondern auch alle sonstigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände steigen weiter im Preise. Dazu drohen in naher Zukunft noch sehr beträchtliche Erhöhungen der indirekten Steuern, die nach aller Erfahrung die Arbeiterklasse am schwersten belasten.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterklasse dagegen wehrt, wenn von neuem versucht wird, Niemen aus ihrer Haut zu schneiden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat es für notwendig gehalten, zu der bedrohlich gewordenen Situation im Wirtschaftsleben alsbald Stellung zu nehmen. In einer von uns bereits in Nr. 102 in vollem Wortlaut mitgeteilten Entschließung ruft der Bundesausschuß die deutsche Arbeiterklasse auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zu wehren zu sehen. Die Gewerkschaften, die rechtzeitig warnen und die Preisverwertung vergeblich bekämpfen, hätten jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. An die Adresse der Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige wird die Mahnung gerichtet, nicht durch Abwehlung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die sich daraus ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Erneute Mißbilligung der Regierung und Behörden sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen.

Gleichzeitig mit der Spitzenorganisation der Gewerkschaften ist auch die Unternehmerzentrale auf dem Plane erschienen. Der Große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den Tarifausschuß dieser Vereinigung beauftragt, sich mit den Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung zu beschäftigen. Der Tarifausschuß hat dies getan und war

auch schnell bei der Hand mit seinem Urteil: er erklärte „die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“. Dementsprechend wird beklagt, daß die Preisverwertung und das Ansehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen habe, daß die neuen Forderungen auf Lohnerhöhung begründet seien. Dann heißt es weiter in der Erklärung des organisierten Unternehmertums:

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatum nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die ernste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatum gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterklasse noch lebenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft fallende Druck auch die vor dem Siege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt, und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Mit diesen Worten wird hier von der Scharmacherzentrale der Arbeiterklasse bedeutet, daß man auf jener Seite die Erfüllung der dem deutschen Volke auferlegten Lasten des Verfallenen Vorkrieges nicht anders ermöglichen zu können glaubt als durch eine noch weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und durch eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Mit einer verletzten Arbeiterklasse ist aber nie und nimmer ein wirtschaftlicher Aufstieg Deutschlands denkbar! Schon jetzt ist der deutsche Arbeiter der schlechteste bezahlte in der Welt, dagegen erzielen viele deutsche Unternehmer mühselig Nietenverdienste infolge ihrer Jagd nach hohen Preisen unter der Parole Anpassung an die Weltmarktpreise. Eine grenzenlose Erbitterung muß sich der Arbeiter bemächtigen, wenn sie sehen, wie die Gewinne der Unternehmer fortgesetzt wachsen, wie deren Lebenshaltung sich immer üppiger gestaltet, während ihnen vom Unternehmerium zugemutet wird, ihre an und für sich schon traurige Lebenshaltung noch mehr einzuschränken. Mit Recht wurde es vom Bundesausschuß des ADGB, als eine ernste Pflicht der Regierungen und Behörden sowie aller derjenigen bezeichnet, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen. Die Reichsregierung sollte es offen aussprechen, daß ohne Angleichung der Löhne an die erzielten Weltmarktpreise kein Ausweg aus der heutigen Situation zu finden ist. Weltmarktpreise bedingen auch entsprechende Löhne. Die Zustände auf dem Lohngebiete fordern dringend die Einführung gleitender Lohnskalen.

Und dann noch ein Wort zu der geforderten Arbeitszeitverlängerung. Ein guter Beweis dafür, daß sich der Achtstundentag in Deutschland aufs beste ausgewirkt hat, ist in der Tatsache zu erblicken, daß die Arbeitslosenzahl bei uns geringer ist als in allen übrigen Industrieländern. Wenn heute von (sonangebenden deutschen Unternehmern geflüstert wird, daß die Einführung des Achtstundentags für das Daniederliegen des deutschen Wirtschaftslebens verantwortlich zu machen, so muß darauf hingewiesen werden, daß schon lange vor Kriegsausbruch dank der Anstrengungen der Gewerkschaften in den bedeutendsten Produktionsgebieten eine Arbeitsdauer vorherrschend war, die um nichts oder nicht viel über den Achtstundentag hinausging. Jetzt tut man auf Unternehmerseite so, als ob man bereit wäre, den durch Mehrarbeit erzielten Gewinn der Volksgemeinschaft zugute kommen zu lassen, obwohl in praxi doch nur die Kapitalisten daraus vermehrten Nutzen ziehen würden. Die deutsche Arbeiterklasse wird daher die Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit niemals anerkennen und sich um so härter gegen eine Beilegung des Achtstundentags wehren, solange noch so viele Schmarober in Deutschland vorhanden sind, die ohne jede produktive Tätigkeit auskommen und dabei nicht wissen, wie sie ihr Geld verprassen und die Zeit totschlagen sollen.

Was schließlich noch die von den Unternehmern geforderte Beteiligung aller produktionshemmenden Bestimmungen aus den Tarifverträgen, d. h. der im Arbeiterinteresse liegenden, für den Arbeiterkampf unerlässlichen Bestimmungen, anlangt, so ist diese Forderung zurückzuführen auf die Tarifeindlichkeit des Unternehmertums im allgemeinen. Wir haben die gegen das Tarifvertragswesen gerichteten Bestrebungen auf Unternehmer-

seite erst lehtbin an dieser Stelle gekennzeichnet. Es ist indes notwendig, zu betonen, daß sich in bezug auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik die gewerkschaftliche Schulung und Disziplin erweisen muß, damit den Unternehmerdiplomaten nicht Wasser auf ihre Mühlen geleitet wird. Die alte Regel: Wenn wir tun, was der Gegner wünscht, haben wir drei Viertel verspielt oder schon ganz, verdient Beherzigung auf Arbeiterseite! Deshalb kein blindwütiges Loschlagen auf Tarifverträge im allgemeinen, sondern ein kluges Maßhalten auch dann, wenn das gesteckte Ziel nicht mit einemmal erreicht wird. In diesem Zusammenhang verdient noch auf einen Umstand aufmerksam gemacht zu werden, den auch die „Leipziger Volkszeitung“ bei ihrer Beleuchtung des Jenaer Parteitag der Kommunisten scharf betonte. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Kommunisten die durch die gegenwärtige Situation gebotene Gelegenheit lediglich auszunutzen möchten zur Entfesselung des Machtkampfes, der ihnen die ganze Gewalt geben soll. Sehr deutlich hieß es dann:

Zu diesem Zweck wollen die Kommunisten die Lohnbewegungen, die die Feuerungswellen gebären werden, steigern, einheitlich zusammenschließen, über sich hinausstreben, und dazu haben sie die agitatorische Parole der hundertprozentigen Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstellungen aufgestellt. Vor diesen Forderungen sollen die anderen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften gespalten werden. Das vom Parteitag beschlossene Manifest, das die Forderungen mit einigen populären politischen Postulaten in zwölf Punkten zusammenfaßt, soll den Kommunisten zur Einleitung einer neuen Abpflitterungsaktion von den sozialdemokratischen Parteien dienen. Es wird wieder eine „Einheitsfront“-bewegung, wie sieherzeit mit dem Offenen Briefe, zu machen versucht werden. Man wird freilich diesmal nicht sofort an die Spitzenkörper der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien herantreten, weil man weiß, welche Antwort den Spekulant gegeben werden wird. So will man die Bewegung erst unten in den Massen entfesseln, damit diese dann auf ihre Zentralorgane den nötigen Druck ausüben. Es wird die Aufgabe unserer Genossen sein, diesem Treiben von Anfang an mit der richtigen Aufklärung der Arbeiter über ihre wahren Interessen zu begegnen. Das bedeutet aber nicht bloß eifrige Arbeit im Parteiraum, sondern darüber hinaus kräftige Vertretung unserer Erkenntnisse in den Betriebsräten, Belegschaftsversammlungen und interparteilichen Wirtschaftskonferenzen, mit deren Hilfe die Kommunisten ihren Vorschlag glauben machen zu können. Tun unsere Genossen hier ihre Pflicht, so wird der kommunistische Spuk schnell zerfallen, so glänzig die traurige Wirtschaftslage auch der Saat der radikalen Phrasen und der Putschtaktik sein mag, die vielen schweren Opfer des Märzputsches dürken von der deutschen Arbeiterklasse nicht umsonst gebracht worden sein.

Dieser berechtigten Warnung der „Leipziger Volkszeitung“ braucht auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kein Wort hinzugefügt zu werden. Die Führung der Lohnpolitik ist und bleibt die ureigene Angelegenheit der Gewerkschaften. Es mehren sich die Fälle, wo unter offenem Bruch der bestehenden Tarifverträge mit Hilfe der Ortsausschüsse des ADGB, durch Kommunisten versucht wird, die sämtlichen örtlichen Gewerkschaften zu Massenaktionen aufzurufen. Auf diese Weise werden die Zentralverbände stark verhöhrt, ihre Kraft zu konzentrieren, um für die Gesamtheit der Mitglieder einen Lohnausgleich herbeizuföhren, zumal dann, wenn solche örtliche Bewegungen von den Unternehmern zum Anlaß von Ausperrungen benutzt werden, wie das in verschiedenen Gewerben gegenwärtig der Fall ist. Es wäre unverantwortlich gebandelt, wenn den Gewerkschaften die ungeheure Belastungsprobe, vor der sie stehen, aus parteipolitischen Beweggründen noch erschwert werden würde.

Die gewerkschaftliche Einheitsfront bedarf gerade jetzt des stärksten Schutzes gegen Verödung oder Durchbrechung! Sie allein bietet die Möglichkeit, alle Arbeitenden zusammenzuführen. Die Zerreißung der politischen Einheitsorganisation hat es bisher verhindert, daß die Arbeiterklasse, der Bedeutung des durch die Revolution Erungen vollauf bewußt, kraftvoll eintritt für die Sicherung der Republik. Nur eine politisch einig und geschlossene Arbeiterklasse vermag der Reichsregierung eine entschlossene Politik gegen reaktionäre Bestrebungen aller Art aufzuzwingen. Die Notwendigkeit einer solchen Politik kann nicht besser erwiesen werden als durch den Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der anständig der bestfälligen Erthorung des Reichstagsabgeordneten Eraberger an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte in folgender Form erging:

Schon seit Monaten redt — täglich kühner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Zerrissenheit und die dadurch entstehenden politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionsäre, ihre Zeit sei gekommen.

